

Das
"Berliner Tageblatt"
erscheint täglich des Morgens, mit Ausnahme Montags,
und ist durch die Expedition Jerusalemstr. 48, Filiale
Friedrichstr. 66, Filiale Königsplatz,
Königsplatz 50, Filiale Soufflotstr. 23, sowie durch alle
Leihbibliotheken und Post-Anstalten
des Reichs zu beziehen.
Redaktion: Jerusalemstr. 48.



Der Abonnements-Preis
beträgt inklusive Donnerstags-Beilage "Mitt" und
"Sonntagsblatt" vierteljährlich 5 Mark 25 Pf. und
Jahresabonnement 1 Mark 75 Pf.; durch die Post be-
zogen 5 Mark 25 Pf. pr. Quartal.
Inserate, pr. Zeile 50 Pf. (Berliner Stadt-Anzeige
30 Pf.), werden Jerusalemstr. 48, Filiale Friedrichstr.
Friedrichstr. 66, Filiale Königsplatz 50, sowie durch
Filiale Postämter: Brunsenstr. 35, angenommen.

Berliner Tageblatt.

Nr. 144.

Berlin, Sonntag, den 23. Juni 1878.

Hauptblatt.

Hilfsbereites Entgegenkommen!

Wir haben in unserem Leitartikel vom 20. d. Mts. (Nr. 141) darauf hingewiesen, daß, so sehr auch vorläufig Alles darauf ankomme, die sozialdemokratische Bewegung zum Stillstand zu bringen, doch mit bloßen Abwehrmaßnahmen eine dauernde Bewältigung der sozialistischen Gefahr nicht zu erreichen sein werde. Es muß, sagten wir, nach der vorläufigen Zurückdrängung der wilden Fluthen auch eine ernste Prüfung der Lage des Arbeiterstandes eintreten, und Staat, Gemeinde und Bürgerthum müssen in einmüthiger Uebereinstimmung eine wohlwollende Bereitwilligkeit an den Tag legen, wahrhaft helfend und fördernd da einzugreifen, wo wirklich Abhilfe noth thut und ohne alle Schwierigkeiten ins Werk gesetzt werden kann.

Mit Bezug auf diese Abhaltung, die wir uns vorbehalten, gelegentlich ausführlicher zu entwickeln, geht uns eine Zukunft aus, die wir als eine treffende Anregung zum Nachdenken um so lieber veröffentlichen, als sie den Gedanken, der uns vorwiegend, bereits in parlamentarischer Ueberrücktheit zur Anschauung bringt. Daß die hier aufgestellten Vorschläge sich allseitig sich beherrschenden guten Willen ausführen lassen, ist gar nicht zu bezweifeln; daß sie wirksamer als alle sonstigen bis jetzt aufgetauchten Ideen zur Abhilfe dem Uebelstande der Sozialdemokratie zu statten kommen, ist, wie wir hoffen, ebenfalls einleuchtend, und, was nicht zum wenigsten Gewicht fallen mag, die Hilfe, die hier in Vorschlag gebracht wird, ist himmelweit verschieden von der ganz unmittelsamen Staatshilfe, wie sie Sozialisten sie sich träumen.

Wir schicken zuerst voraus, daß, wie aus dem Vorigen selbst hervorgeht, nichts von der Verwirklichung auch nur eines dieser Punkte die Rede ist. Die Kapitalkräfte, die es mobil zu machen gilt, empfangen ihre volle Veranlagung, ja sogar eine günstigere, als sie im Durchschnitt heutzutage sich realisieren läßt. Es scheint uns also, insofern Staat und Gemeinde werththätig mit eingreifen, schlechterdings kein Grund vorzuliegen, warum das Kapital sich nicht bereitwillig beteiligen sollte. Tritt aber seine Beteiligung ein, so würde damit ein erster und unserm Bedenken höchst gefährlicher Verlust gemacht werden, der alten Klage des mittellosen Standes, daß das Kapital ihm feindselig gegenüberstehe und ihn durch seine Uebermacht immer aufs Neue in Unvermögen zu zurückzuführen, wirksam entgegenzutreten. Nach diesen Vorbereitungen lassen wir den Vorschlag selber im Wortlaute folgen.

Die bestehende Gesellschaft darf sich nicht als ein negatives Maßregeln gegen die Sozialdemokratie gelten lassen (Einsparungs-Anordnungen u. dgl.). In industrieller Lebhaftigkeit wird die Bedenke durch Strafen u. dgl. nicht ausbleiben.

Es muß auch positiv ihre entgegenwirken, indem sie gewisse berechtigte Forderungen der Arbeiter der Sozialdemokratie entgegen und zu den übrigen macht. 95 Prozent der Sozialdemokraten theilen nicht die Utopien dieser Leute, sondern erhoffen von ihr, bloß das praktisch Erreichbare.

Zober, auch der kleinste Schritt, reicht in die Adresse der bestehenden Gesellschaft ein. Demers: Das platte Land, wo die Sozialdemokratie keine nennenswerthen Fortschritte macht. Auch der kleinste Mann nennt dabei fast ohne Ausnahme einen bestehenden Grundbesitz sein. Man mache also den städtischen Arbeiter zum Grundbesitzer. Mit jedem angeschaffenen Arbeiter entsteht nach der Sozialdemokratie ein Wahlgänger.

Man mache zunächst den Anfang in Berlin mit 1000 Familien, Staat und Kommune befragen nach in Menge. Sie mögen vor der Hand rund 300 Morgen hergeben. 1/4 Morgen genügt zu einem Haus mit hübschem Gärten.

Staat und Kommune machen keinen Schaden, wenn sie den Morgen zu etwa 1500 Mark hergeben. Kofert doch den Preis u. d. das Tempelhofes Feld durchschnittlich 150 Mark pro Morgen.

Es bilde sich nun eine gemeinnützige Gesellschaft, die ein Grundkapital von zunächst 3 Millionen Mark aufbringt. Hiermit lassen sich 1000 Häusern zu 3000 Mark herstellen. Sie übergebe man an Arbeiterfamilien gegen 150 Mark Jins und 75 Mark Amortisation jährlich.

Die Leitung der Gesellschaft muß in durchaus zweifelloser Händen sein. Es muß Korporationsrechte haben.

Man braucht keine Arbeiter-Vorstände zu errichten. Die Anstalten sollen nicht in allzuweiter Ferne von der Stadt liegen. Hier befindet die Stadt Land am Ufer bei der Kaiser-Franz-Kaserne, dort am Schloßchen Thor, am Götter-Bahnhof, der Platz mit Steeden an der Heidehahn, am Kreuzberg, an der Schönhauser Allee u. s. f. Man baue hier 10, dort 20, u. s. f. solcher Häuschen hin und vertheile sie in Anstalten unter die hiesigen Bürgerchaft.

Falls Jemand seinen Wunsch äußert, darf ihn nur die Gesellschaft zurückweisen. Die Replication damit ist alsdann ausgeschlossen. Das Anlagekapital aber erlischt sich sicher mit 5 p. Ct. jährlich. Der Sparfann des Arbeiters wird durch die Lust am schnelleren Erwerb des Eigentums gewedt.

Durch das ganze Land das Beispiel nachgeahmt, können binnen Jahresfrist 100,000 Familien mit Leichtigkeit angeheilt sein. Beispiele sind ja schon da, in Wülffshausen im Elsaß, in England und anderen Orten.

Will man das Land nicht verkaufen, so gebe man es nach englischer Weise auf 99 Jahre in Pacht.

Im Uebrigen würde es gar nichts schaden, wenn der Bauweisen-Wanderer dadurch befristet würde; er trägt viel Schuld an unseren ungelunden Zuständen.

Die Grundbesitzer des Vorklages bedürfen noch der Ermüdung. Die Grundbesitzer sind durchzuführen. Der Erfolg wird die Wichtigkeit der Ballastanten zeigen, und aus den 1000 Probehäusern werden bald mehr werden. Auch die Vertheilungskosten sind richtig bemessen: Grund und Boden 500 Mark, bleibend 2500 Mark für ein Häuschen von vier Stuben, Küche, Kammer und noch eine hübsche Döckelkammer zum wohnlichen Vermögen an Leinwand. Nicht an die Bauten in Entwerfung, dann müssen sie tabellos ausfallen.

Soweit der Vorklage, den wir allen Vaterlandskriegern, die es mit der Wohlfahrt unseres Volkes, mit der Sicherheit unserer Zukunft, mit den Werken edler Humanität ernstlich meinen, zu Vertheilung der Prüfung bringen aus Herz legen möchten. Sie sind erst eine Anzahl bedeutender und angesehener Männer sich zu finden, um hier angeregten Gedanken näher zu treten, so zweifel wir nicht, daß sich aus allen Kreisen der gesamten Bürgerchaft bereitwillig und nachhaltige Zustimmung herausbringen wird, und es kann alsdann nicht schwer fallen, auch die Regierung und die Gemeindevorstellung zu überzeugen, daß keine, ohne ihre Interessen irgendwie zu beeinträchtigen, so wirksamer Ausgestaltung des Planes die Hand bieten können. Aber wir halten es hier auch am Orte, nochmals ausdrücklich zu betonen, daß ohne eine offizielle Mitwirkung der Staats- und Kommunalbehörden weder hier noch anderswo im Lande etwas Ersprießliches wird erreicht und geleistet werden können.

Es liegt uns auch durchaus fern, zu glauben, daß mit der Verwirklichung dieses Gedankens bereits Alles gethan wäre, was unsere Zeit zu thun berufen ist, um den so gern verkündigten Ruhm wahrer Humanität schließlich zu verdienen. Das Recht ist freilich die Basis für Alle, und mehr, als es fordert, ist Niemand zu leisten verpflichtet. Dennoch aber wird jeder Einzelne sich sagen müssen, daß er, unter dem Gesichtspunkt der Humanität betrachtet, sehr wenig thut, wenn er nur das Rechte thut. Es gilt, den Keim des natürlichen Wohlwollens, der in jedes Menschenherz eingeschlossen ist, zur Entfaltung zu bringen und zu wahrerthätiger Opferbereitschaft sich entwickeln zu lassen. Mit einem Worte: über dem Recht steht der Staat der Humanität! Seine Gesetze sind nicht in Fesseln verzeichnet, nicht in Bibliotheken aufgeschichtet, sie werden mit uns geboren, sie leben in uns, und wir brauchen nur unser Inneres recht zu durchleuchten, um ihrer Verpflichtungen inne zu werden. An das Menschenherz appellieren wir. Nur durch allseitiges und thätiges Wohlwollen werden wir die drohenden Gefahren der Zukunft siegreich zu überwinden vermögen.

Der Kongress.

Die vierte Sitzung.

Die vierte Plenarsitzung des Berliner Kongresses, zu welcher im Laufe des gestrigen Nachmittags die Einladung ergangen war, wurde heute Nachmittag 2 Uhr 20 Minuten vom Fürsten Bismarck eröffnet.

Wie gewöhnlich stellte sich zuerst, bereits gegen 12 Uhr, Graf Schadow ein. Der russische Botschafter in London hatte es diesmal, wie die meisten Kongressvollmächtigen, wahrheitsgemäß wegen der drückenden Junihitze vorgezogen, ins gentile Sommerhabit zu Wagen zu kommen. Vielleicht auch mochte dazu die schwere Bürde des woblgeschlossenen und biederlichen Portefeuille, welches er selbst trug, Anlaß gegeben haben. Nach ihm erschienen, wenige Minuten später, der bedächtige Fürst Dohoboff, schweigend und ernst wie immer in langsamem Tempo die Stufen des Treppenhofes erklimmend. Die beiden Staatsmänner empfingen im Konferenzzimmer den Fürsten Bismarck, welcher sich seit gestern Nachmittag, wie man sagt aus Geheimheitsrücksichten, seinen unpopulären Posten wieder hat abzeichnen lassen. Aufsehend befand sich der Herr Reichskanzler in äußerst feierlicher, denn mit den Worten: "Fürstliche Temperatur heute!" streckte er dem Grafen Schadow förmlich seine Rechte entgegen. Gegen 12 Uhr, kurz nachdem der französische Botschafts-Sekretär Herr v. Mow eingetroffen war, fuhr Graf Andrassy in veredelter Equipage in luftigen westlichen Hosen vor, geschäftig und dabei freundlich nach allen Seiten die zum Empfang bestellte Dienerschaft grüßend. Graf Gortz, Baron Dubril und Graf St. Valleron zu Fuß zu gleicher Zeit vergnügt plaudernd. Lord Beaconsfield brachte mit Marquis Salisbury die bekannte englische

grüne Equipage nach dem Reichskanzlerpalais. Hinterher erschien Staatsminister v. Bülow. Oben im Konferenzsal hatte bereits Baron v. Dubril die Nachricht mitgetheilt, daß Fürst Oberkuffow wegen vorübergehender Magenunbilligkeit, welche zu Besprechungen keinen Anlaß bietet, in heutiger Sitzung nicht erscheinen werde. Die letzten im Zuge bildeten die drei Vertreter der hohen Pforte. Merkwürdig, die Herren kommen und gehen stets zuletzt! Wenige Minuten darauf wurde die Sitzung eröffnet.

Man theilt uns mit, daß die heutige Kongresssitzung, welche bis 4 1/2 Uhr, also viel länger als die vorhergehende, währte, hauptsächlich der Verhandlung der Abgrenzung des neu zu schaffenden bulgarischen Staatses gewidmet war. Auch die Beilegung der bulgarischen Forderungen spielt eine Rolle in diesen Verhandlungen. Wie man sich erinnert, waren die letzten Tage leitend der Herren Schadow, Beaconsfield und Andrassy eifrigen Privatgesprächen gewidmet gewesen, in welchen diese Abgrenzungsfrage ventilirt wurde.

Es handelt sich um die Feststellung der Südgrenze des künftigen bulgarischen Herzogthums. Der Hauptvertheidiger Rußlands konzentriert sich auf die von England und Oesterreich beauftragte Grenzlinie, welche von der serbischen Grenze, die ganze Linie des Balkan entlang, bis zum Schwarzen Meer führt. Rußland wollte Städte, wie Sophia, Saloniki, den neuen Herzogthum einverleiben. Die anderen Mächte bestanden umkehrt auf der Balkan-grenze, weil sie die Balkanpässe in den Händen der Pforte zu sehen wünschten, so daß das ottomanische Reich künftighin von Balkan südwärts zu beginnen habe und die Pforte im Stande wäre, jeden feindseligen Einfall, der ihr von Norden her drohe, durch die Befestigung dieser Balkanpässe zu vereiteln vermöge. Damit stimmt auch überein, was die "Times" meldet: Sie schreibt, daß die Delegirten Englands, Oesterreichs, Rußlands sich gestern Abend über folgende Punkte, vorbehaltlich der Zustimmung des Kongresses, verständigt hätten: Bulgarien eintret am Balkan, die Türkei ist berechtigt, die Balkanpässe zu besetzen und seine Plätze zu besetzen. Sofia bildet einen Theil Rumeliens, Bama hangen einen Theil Bulgariens, die Türken behalten Buraas. Die nördlichen Grenzen Montenegro's und Serbiens werden eingeschränkt und die betreffenden Staaten dafür im Süden entschädigt. Es wird ferner mitgetheilt, daß diese Vereinbarung am Samstag dem Kongresse zur Ratifikation vorgelegt werden soll, und daß die Erklärung dieses Kaiserthums direkt auf Bismarck's persönliche Verantwortung zurückzuführen sei. Nun lagen freilich die Diffizilien: "Diese Nachrichten sind nicht korrekt, vielmehr in ihrem ganzen letzten Theile unrichtig; richtig ist, daß im Prinzip anerkannt ist, daß Bulgarien am Balkan ende, daß die Balkanpässe von den Türken besetzt bleiben, während Bama einen Theil der Beschuldigung Bulgariens bildet, in Bezug auf Rumeliens Montenegro, Serbien ist es in Berlin noch nicht zu Verhandlungen unter den Vertretern der konfirmanden Staaten gekommen. Die Verhandlungen über Bulgarien werden vielmehr, nach längere Zeit in Anspruch nehmen." Allein wir sind geneigt, dieses kleine Dementi für eine reine Betätigung zu halten.

Rußland hat damit seinen Antrag angetrieben und Oesterreich wie England eine ungeheure Konzession gemacht.

Neben der Belagerungsfrage aber hat auch die Festungsfrage einen schwierigen Punkt der Verhandlung gebildet. Gestern verhandelte hier an hoch unterrichteter Stelle, es dürfte das alte Projekt einer zeitweiligen gemeinsamen Plünderung angesetzt werden und wenn dieses keinen Anklang fände, könnte man auf die zur Zeit der Konstantinopel-Konferenz ventilirte Idee zurückkommen, nach welcher das neu zu gestaltende Fürstenthum bis zu seiner definitiven Konstitution im Namen Europas eine ganz neutrale Befestigung erhalten sollte. Derartige Schwierigkeiten scheinen in Betreff der südlich vom Balkan gelegenen bulgarischen oder "rumänischen" Gebiete in höherem Grade zu sein, weil man südlich des Balkans absolut keinen Rußens und keinen russischen Einfluß dulden will. Damit haben aber jedenfalls die Verhandlungen des Kongresses einen großen Schritt nach vorwärts gethan, und so scheint es auch der Kongress selbst anzusehen. Er will mit Dampy weiter arbeiten deshalb wurde auch die nächste Sitzung auf Montag und ihr Beginn schon auf 1 Uhr Nachmittags anberaumt.

Die Türkei und der Kongress.

Die türkischen Bevollmächtigten besaßen auf ihrem ausweichenden und rein negativen Standpunkte und wollen von einer Klärung der Festungen Schuma und Bama absolut nicht wissen. Weiter in der Interpretationskunst, weisen sie auf den Friedensvertrag von San Stefano hin, wobei die russischen Herrere drei Monat nach dem Abgange des Friedensvertrages das getamelte türkische Gebiet mit Ausnahme von Bulgarien geräumt haben müssen. Nach der Meinung der türkischen Delegirten bildete diese drei Monate verfließen, ohne daß die Russen jene Stipulationen eingehalten hätten. Die türkischen Delegirten geben sich so, als wären sie die Herren der Situation auf dem Kongresse. Es kann nicht geleugnet werden, daß durch die Haltung der Türken die Verhandlungen ins Unendliche hingezogen werden können, umkehrt, als bisher keine der Weimathen auch ein Dementi nicht, sich dazu vertheilen wollte, einen großen Druck auf die Vertreter der Pforte auszuüben.

Diese Haltung der türkischen Kongressvollmächtigten ist wohl nur der Abgang des Verhaltens des Sultans. Derselbe geht